

ARGENTINIEN

Dr. Bernd Löhmann | KAS-Auslandsbüro, Buenos Aires

Die dreifache Katastrophe von Japan hat in Argentinien tiefe Bestürzung ausgelöst. Über mehrere Tage hinweg waren die verstörenden Bilder der vom Erdbeben und vom Tsunami zertrümmerten Städte und Landstriche die Hauptnachricht auf allen Fernsehkanälen. Beinahe ungläubig nahm die argentinische Öffentlichkeit wahr, dass mit den Störfällen in den Reaktoren des Kernkraftwerks Fukushima ein weiteres Desaster mit unübersehbaren Folgen drohte. Gebannt verfolgte die argentinische Öffentlichkeit die verzweifelten Versuche, die Ausmaße des Unglücks zu begrenzen. Angesichts der dramatischen Ereignisse blieb anfangs wenig Raum für eine vertiefte Debatte über das Für und Wider der Kernenergie. Vereinzelt wurde über die Diskussionen in Deutschland, Frankreich, Russland, China und den USA berichtet. Noch weniger trat bisher ins öffentliche Bewusstsein, dass die nukleare Notsituation in Fukushima Auswirkungen auf Argentiniens künftige Atom- und Energiepolitik haben könnte. Selbst wenn fast eine Woche nach dem Erdbeben in Japan das Thema auf den Meinungsseiten einer großen argentinischen Tageszeitung aufgegriffen wurde – von der „Atom-Debatte“ ist Argentinien weit entfernt. Noch scheint es, als seien mit der Atomkraft mehr Hoffnungen als Zweifel verbunden.

Zurzeit sind zwei argentinische Atomkraftwerke in Betrieb. Das circa 100 Kilometer von der Stadt Buenos Aires entfernt gelegene Atucha I sowie das Werk Embalse in der Provinz Córdoba decken rund acht Prozent des Energieverbrauchs. Atucha I ist mit einer Betriebszeit von 37 Jahren das älteste von insgesamt sechs lateinamerikanischen Kernkraftwerken. In wenigen Monaten soll ein weiteres Kernkraftwerk, Atucha II (in der Provinz Buenos Aires), an das argentinische Stromnetz angeschlossen werden. Mittelfristig ist der Bau von zwei weiteren Kernkraftwerken geplant. Der kürzlich zwischen Argentinien und Brasilien unterzeichnete Vertrag zur nuklearen Kooperation sowie die angestrebte Entwicklung eines atomar betriebenen U-Bootes lassen darauf schließen, dass nukleare Technologien in der argentinischen Politik langfristig eine wachsende Bedeutung entwickeln werden.

Nichts deutet bisher darauf hin, dass die Ereignisse in Japan diese Tendenz umkehren könnten. Weder die Regierung noch das Energiesekretariat haben zu möglichen Auswirkungen des japanischen Nuklear-desasters Stellung bezogen. Vertreter der argentinischen Atombehörde (*Autoridad Regulatoria Nuclear, ARN*) und der nationalen Kommission zur Atomenergie (*Comisión Nacional de Energía Atómica, CNEA*) wiesen auf die Unvergleichbarkeit der Situation hin. Die argentinischen Standorte seien weder erdbebengefährdet, noch bestehe die Gefahr einer Überschwemmung. Des Weiteren seien die Kraftwerke so konstruiert, dass im Notfall hohe Mengen an Kühlwasser zugeführt werden könnten. Auch der Grad der Urananreicherung sei wesentlich geringer als in Japan. Dennoch versicherten die Autoritäten, die Vorfälle in Japan genauestens analysieren und die argentinischen Anlagen den neuesten Sicherheitsstandards anpassen zu wollen.

Vertreter von Umweltverbänden relativierten die offizielle Einschätzung und verwiesen auf eine lange Liste kleinerer Zwischenfälle. Diese hätten durchaus zu erheblichen nuklearen Unfällen führen können. Hauptkritikpunkt ist aber, dass es keinerlei konkrete Vorhaben zur Entsorgung radioaktiver Abfälle gebe. Bis heute würden sie in den Kernkraftwerken selbst aufbewahrt. Gerade mit Sicht auf Atucha I bezweifeln die Atomkraftgegner, dass die Anlage den gängigen Sicherheitsstandards entspreche. Diese vor allem vom argentinischen Greenpeace-Chef Juan Carlos Villalonga vorgetragene Position setzt letztendlich auf die Abschaffung der Atomenergienutzung. Für Japan und andere Nutzerländer hält er einen Ausstieg im Jahr 2050 für realistisch.

Anders sieht es der Energieexperte Alberto Echegaray Guevara, der die Kernenergie aus Kosten- und Effizienzgründen für unersetzlich hält. Um ein Atomkraftwerk zu ersetzen, müsste man die gesamte Provinz Buenos Aires mit Sonnenkollektoren bedecken. Vielfach taucht das Argument auf, dass ein überhasteter Ausstieg aus der Kernenergie Nachteile für die Umwelt insbesondere im Kampf gegen den Klimawandel mit

sich bringe, weil umweltfreundliche Energiequellen nicht im ausreichenden Maße zur Verfügung stünden und sich das Zeitalter der Klimakiller Kohle, Öl und Gas zu verlängern drohe.

Eine abwägende Meinung vertritt der Physiker und Leiter des Studiengangs Umweltwissenschaften an der *Universidad Tecnológica Nacional*, Rubén Darío Sbarato. Während er die Nutzung der Atomenergie

in Europa aufgrund der hohen Bevölkerungsdichte durchaus nachvollziehen kann, besitzt Argentinien aus seiner Sicht ausreichend natürliche Ressourcen, um seinen Energiebedarf daraus zu decken.

Die Diskussion in Argentinien hat gerade erst begonnen. Dass sie zu einer grundsätzlichen Neubewertung der Atomenergie führen wird, ist derzeit eher nicht zu erwarten.